



Zugereist und standhaft

Eine junge Hessin hat in Bautzen viel angestoßen. Nun will sie etwas bewegen. Seite 3

Foto: dpa/Georg Ismar

Berlin schafft Parität

Rot-rot-grüne Koalition will bis zum Sommer Gesetz vorlegen. Seite 12

Kritik im Schongang

Neu im Kino: »Beale Street« über Rassismus in den 70ern. Seite 10

Foto: Annapura Pictures



nd
DER TAG

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 8. März 2019

74. Jahrgang/Nr. 57

Einzelverkaufspreis 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Die Ernte fahren andere ein

Kurt Stenger über Athens Rückkehr an die Finanzmärkte

Ein bisschen Normalität nach den schier nicht enden wollenden Krisen Jahren ist inzwischen eingeleitet in Griechenland. Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt, und der Staat kann sich auch wieder an den Finanzmärkten mit Geld eindecken. Darüber werden sich vor allem die Gläubiger von EU und IWF freuen, die darauf hoffen, dass Privatbanken ihre Kredite übernehmen werden.

Man sollte die Entwicklung aber nicht in allzu rosigen Farben malen. Laut einer aktuellen Statistik reicht bei jedem zweiten Privathaushalt das monatliche Einkommen nicht aus – im Schnitt kommen diese nur 19 Tage gut über die Runden. Auch ist die Konjunkturerholung recht schwach und hat den brutalen Einbruch der Wirtschaftsleistung in den Krisen Jahren noch lange nicht wettgemacht. Und gut ausgebildete junge Leute haben weiterhin kaum eine Perspektive.

Es wird ein langer und steiniger Weg aus der Talsohle sein, doch der Turnaround scheint geschafft. Dies ist nicht zuletzt ein Verdienst der SYRIZA-Regierung, die schon unter der strikten Kontrolle der Troika einige Sozialmaßnahmen auf den Weg gebracht hat. Doch belohnt wird die Linkspartei dafür wohl nicht, wenn sich die Umfragen für die in einigen Monaten anstehenden Wahlen bestätigen. Derzeit sieht es nach einem Sieg der konservativ-wirtschaftsliberalen Nea Demokratia aus. Eines ist sicher: Die Investoren wie auch die Gläubiger werden sich dann noch viel mehr freuen.

UNTEN LINKS

»Nun sag, wie hast du's mit Aldi?« So lautet die aktuelle Kreuzberger Version der Gretchenfrage. Denn in der dortigen Markthalle IX wollen die Betreiber den Discounter nicht mehr haben. Der Supermarkt passt einfach nicht ins Konzept der fair zu Tode gestreichelten Schafe und der biologisch gebogenen Bananen, die dort natürlich auch kulinarisch höchst anspruchsvoll und trotzdem Streetfood-glaubwürdig kredenzt werden. Das Problem: Der noch nicht verdrängte Teil der Bevölkerung hat leider immer noch nicht das Einkommen, um wie gute und umsichtige Menschen der neuen Zeit einen großen Bogen um Ausbeutung machen zu können. Stattdessen soll ein dm-Drogeriemarkt einziehen. Dessen Produkte, da kann man sich sicher sein, sind bestimmt komplett fair gehandelt. Und auch auf Tarifverträge kann das Unternehmen ganz philanthropisch pfeifen. dm ist fast wie Aldi, nur mit besserem Image – könnte man mit dieser Kompromissformel die Gemüter wieder beruhigen? *nic*



Frauen*streik

Der Internationale Frauentag 2019 ist in Berlin neuerdings ein Feiertag – vor allem aber ist er ein Kampftag. Frauen und Queerpersonen in zahlreichen Ländern beteiligen sich am Frauenstreik, um gegen Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung zu protestieren. »Wenn Frauen streiken, steht die Welt still«, heißt das Motto, dem sich auch Mitarbeiterinnen von »neues deutschland« verpflichtet fühlen. Sie haben gemeinsam mit anderen Journalistinnen zum Streik in der Medienbranche aufgerufen, denn auch dort gibt es beispielsweise geringere Gehälter für Frauen als für Männer. Nicht im Verlag »neues deutschland« – bei uns wird gleiches Gehalt unabhängig vom Geschlecht gezahlt. Aber der Frauenstreik im »nd«, der wegen des Produktionsrhythmus einer Tageszeitung schon am 7. März stattfand, ist ein Zeichen der Solidarität mit den streikenden, um ihre Rechte kämpfenden Frauen in Deutschland und der Welt. Die auch etwas daran ändern wollen, dass der Großteil der unbezahlten häuslichen und Pflegearbeit immer noch von Frauen geleistet wird.

Über diese Themen berichten wir regelmäßig – auch in unserem Extrablatt zum Frauenstreik, das der Donnerstag-Ausgabe beilieg und das bei Aktionen am Frauentag verteilt wird. Mit der vorliegenden Ausgabe vom 8. März machen wir auf den Anteil der Frauenarbeit am Gesamterzeugnis »neues deutschland« aufmerksam. Die Leerstellen auf diversen Seiten verdeutlichen, wo überall in Redaktion und Verlag Frauen tätig sind: als Autorinnen, Bildredakteurinnen, in der Dokumentation und der Buchhaltung, in der Anzeigenabteilung, im Marketing und im Aboservice. Frauen, die den Leserinnen und Lesern als Autorinnen bekannt sind, und Frauen, die hinter den Kulissen des Zeitungs geschäfts arbeiten. Deshalb ist diese nd-Ausgabe ein Beitrag zum Kampftag der Frauen.

Wolfgang Hübner, Chefredakteur

Bericht vom nd-Frauenstreik Seite 2

Griechenland bei Investoren willkommen

Zehnjährige Staatsanleihe erfolgreich platziert / Arbeitslosigkeit sinkt, doch der Aufschwung lahm

Griechenland will nach den Krisen Jahren zurück zur wirtschaftlichen Normalität kommen. Internationale Anleger heben den Daumen.

Von Kurt Stenger

Der griechische Staat hat zum ersten Mal seit Beginn der Verschuldungskrise eine zehnjährige Staatsanleihe an Investoren verkauft. Wie der staatliche Fernsehsender ERT unter Berufung auf die griechische Schuldenmanagementagentur PDMA berichtete, konnte Athen damit 2,5 Milliarden Euro einnehmen. Der Zinssatz beträgt 3,9 Prozent. Den Angaben zufolge summieren sich die Angebote der Investoren sogar auf insgesamt 11,3 Milliarden Euro.

Griechenland war im Sommer 2017 mit einer fünfjährigen Anleihe an den Kapitalmarkt zurückgekehrt. Eine zehn Jahre laufende Anleihe konnte Athen seit März 2010 nicht mehr platzieren. Da

mals musste der Staat den Anlegern einen nicht mehr tragbaren Zinssatz von 6,25 Prozent bieten – wenige Wochen später beantragte die Regierung internationale Kredithilfen.

Zu der jetzt geglückten Platzierung trug Anfang der Woche die Ratingagentur Moody's bei, die Griechenlands Kreditwürdigkeit um zwei Stufen auf die allerdings immer noch schlechte Note »B1« anheb. Moody's begründete den Schritt mit Lichtblicken am Arbeitsmarkt, der anziehenden Konjunktur und einer positiven Entwicklung bei den Schulden. Nach Bekanntwerden der Hochstufung sanken die Renditen griechischer Staatsanleihen deutlich.

Allerdings hat der Aufschwung nach den Krisen Jahren zuletzt einen Dämpfer bekommen. Im vierten Quartal 2018 sank das griechische Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorquartal um 0,1 Prozent, wie das Statistikamt Elstat am Donnerstag mitteilte. Im

gesamten Jahr wuchs die Wirtschaftsleistung um 1,9 Prozent – die linke SYRIZA-Regierung hatte für ihren Haushalt eine Wachstumsrate von 2,1 Prozent veranschlagt. Zudem warnt der Internationale Währungsfonds in einem aktuellen Bericht vor dem relativ hohen Anteil fauler Kredite bei Banken in Griechenland.

Die Arbeitslosenrate ist laut den Statistikern derweil weiter gesunken. Im Dezember betrug sie 18 Prozent, so wenig wie seit Juli 2011 nicht mehr. Der Höchststand war im September 2013 mit einer Quote von 27,8 Prozent erreicht worden. Besorgniserregend hoch ist sie nach wie vor die Arbeitslosigkeit bei den unter 24-Jährigen (39,5 Prozent).

Die wirtschaftliche Erholung hat dazu beigetragen, dass das Zinsniveau bei zehnjährigen Staatsanleihen derzeit so niedrig ist wie seit 2006 nicht mehr. Doch 3,9 Prozent sind im Euroraum aktuell sehr viel. Die Höhe dürfte

auch das Interesse der internationalen Investoren mit erklären, die in der anhaltenden Niedrigzinsphase verzweifelt nach lukrativen Anlagen suchen. In Deutschland etwa muss der Staat nicht einmal ein Prozent berappen. An der Situation wird sich auch nichts ändern: Die Europäische Zentralbank beließ am Donnerstag den Leitzins für den Euroraum bei null Prozent und will daran bis mindestens Ende 2019 nichts ändern.

Lesen Sie morgen in nd.DieWoche

Frauenstreik: Aktionen an vielen Orten der Welt

Systemwechsel: Wie die Löhne wachsen können

Wiederauferstehung: Palast der Republik

Drohnenopfer ab jetzt Geheimsache

Trump schränkt Informationen über zivile Opfer der Angriffe ein

Washington. US-Präsident Donald Trump hat die Regelung abgeschafft, wonach der Geheimdienst CIA die Zahl der zivilen Todesopfer durch Drohnenangriffe offenlegen muss. Er hob am Mittwoch eine entsprechende Anordnung seines Amtsvorgängers Barack Obama aus dem Jahr 2016 auf, wie das Weiße Haus mitteilte.

Obama hatte seinerzeit mit dem Dekret den Nationalen Geheimdienstdirektor und damit die ihm unterstehende CIA dazu verpflichtet, jährlich der Öffentlichkeit eine Bilanz über Drohnenangriffe gegen »terroristische Ziele« außerhalb von Kriegsgebieten vorzulegen. Dazu gehörten auch Zahlen zu den zivilen Opfern durch diese Angriffe.

Der Obama-Anordnung war heftige öffentliche Kritik an der Zunahme der US-Drohnenangriffe und an mangelnder Transparenz über diese Operationen vorausgegangen. Obama hatte die Angriffe mit den unbemannten Flugzeugen massiv ausgeweitet, unter anderem im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet. *AFP/nd Kommentar Seite 8*

Namibische Klage abgewiesen

New Yorker Gericht sieht deutschen Staat gemäß US-Recht geschützt

New York. Eine US-Richterin hat eine Klage zu den unter deutscher Kolonialherrschaft verübten Verbrechen in heutigen Namibia verworfen. Bundesrichterin Laura Taylor Swain entschied am Mittwoch in New York laut Gerichtsdokumenten, dass der deutsche Staat gemäß US-Recht gegen die von den Volksgruppen der Herero und Nama eingereichte Sammelklage geschützt sei.

Die Volksgruppen hatten in ihrer Klage eine Entschädigung gefordert und unter anderem geltend gemacht, dass Einnahmen der deutschen Reichsregierung aus dem Landraub an den Herero und Nama während der Kolonialzeit 1884 bis 1915 in den Erwerb von vier Immobilien in der Stadt New York geflossen seien. Bei einer dieser Immobilien handelt es sich um den heutigen Sitz der deutschen UN-Vertretung. Die Richterin befand, dass die Kläger die Ausnahmeregelungen des Gesetzes zu weit interpretierten. Sie gab dem Antrag des Rechtsvertreters der Bundesregierung statt, die Klage zu verwerfen und den Fall zu schließen. *AFP/nd*

Guaidó verschärft Kurs gegen Maduro

Maas erneuert Unterstützung für venezolanischen Oppositionsführer

Berlin. Nach der Ausweisung des deutschen Botschafters aus Venezuela hat Oppositionsführer Juan Guaidó eine Verschärfung der Sanktionen gegen Staatschef Nicolás Maduro gefordert. Guaidó schlug vor, »die finanziellen Sanktionen gegen das Regime zu verschärfen«. Der Druck müsse weiter erhöht werden. Das Vorgehen gegen Botschafter Daniel Kriener sei »eine Drohung gegen Deutschland«, behauptete Guaidó am Donnerstag im »Spiegel«.

Bundesaußenminister Heiko Maas versicherte in Berlin, Deutschland werde seine Unterstützung für den selbsternannten Übergangspräsidenten Guaidó auch nach der Botschafterausweisung nicht überdenken. Es sei sein »ausdrücklicher Wunsch« gewesen, dass Kriener den Oppositionsführer am Flughafen in Empfang nehmen sollte. Es hätten Informationen vorgelegen, wonach die Festnahme Guaidós geplant gewesen sei. Kriener werde nach seinem Rückruf nach Deutschland am Samstag zu Konsultationen eintreffen. *AFP/nd Seiten 5 und 8*

ISSN 0323-3375

